

## **SILKE GERICKE**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Silke Gericke, MdL

Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg Herrn Minister Thomas Strobl Dorotheenstraße 6 70173 Stuttgart Silke Gericke, MdL

Vorsitzende Arbeitskreis Verkehr

Landtag:

Konrad-Adenauer-Str. 12

70173 Stuttgart

Fon: 0711/ 2063 -6240

Mail: silke.gericke@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreis: Ladenstraße 16 71634 Ludwigsburg

Fon: 07141/49 300 90

Stuttgart, den 24. März 2025

## Unterstützung für Sicherheitsmaßnahmen in Ludwigsburg

Sehr geehrter Herr Innenminister Strobl,

ich beziehe mich auf das Schreiben der Stadt Ludwigsburg vom 20.02.2025 bezüglich der Anfrage zu Förderprogrammen für die Kommunalprävention. Die dort geschilderte Situation, insbesondere im Hinblick auf die Jugendbande "716" und andere Gruppierungen, unterstreicht die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Präventionskonzeptes, dessen Realisierung maßgebliche finanzielle Mittel erfordert.

Die Notwendigkeit dieser Mittel wird durch die Kriminalstatistik der Großen Kreisstadt Ludwigsburg unterstrichen. Im Jahr 2023 betrug die Anzahl der Tatverdächtigen insgesamt 2.932, davon waren 732 unter 21 Jahre alt. Dies entspricht einem Anteil von 25 %. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Jugendkriminalität in Ludwigsburg eine erhebliche Herausforderung darstellt, die dringendes Handeln erfordert.

Zudem bitte ich um Ihre Einschätzung zur aktuellen Situation in und um Ludwigsburg hinsichtlich der Jugendbande "716", der Gruppierung "Der Dritte Weg" sowie weiterer besorgniserregender Gruppierungen in Ludwigsburg und dem Umkreis der Stadt. Es ist wichtig, diese Entwicklungen genau zu analysieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Ich bitte Sie daher um Informationen und Ihre Einschätzung zu den bestehenden und geplanten Förderprogrammen für die Kommunalprävention, insbesondere im Hinblick auf die spezifischen Herausforderungen, die durch Jugendbanden in Ludwigsburg entstehen. Es ist für die Region wichtig, dass Ludwigsburg die notwendige Unterstützung erhält, um wirksame Präventionsmaßnahmen umzusetzen und somit die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Jugendlichen zu gewährleisten. Insofern bitte ich Sie auch, das Schreiben der Ersten Bürgermeisterin Renate Schmetz zu beantworten und auch die Anliegen der Stadtverwaltung zu berücksichtigen.

Ich freue mich auf Ihre zeitnahe Antwort.

Mit freuhellichen Grüßen Silke Gericke MdL



## MINISTERIUM DES INNEREN, FÜR DIGITALISIERUNG UND KOMMUNEN MINISTER

Innenministerium | Willy-Brandt-Str. 41 | 70173 Stuttgart

Frau Silke Gericke MdL Haus der Abgeordneten Konrad-Adenauer-Str. 12 70173 Stuttgart Telefon: +49 711 231-3980

E-Mail: <u>innenminister@im.bwl.de</u>

Geschäftszeichen: IM3-0142.3-54/8/7

(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 17. April 2025

## Unterstützung für Sicherheitsmaßnahmen in Ludwigsburg

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Liebe Feriehe, für Ihr Schreiben vom 24. März 2025, in dem Sie um Unterstützung für Sicherheitsmaßnahmen in Ludwigsburg bitten, danke ich Ihnen.

Mit großem Interesse habe ich die Projektbeschreibung des Projekts "Plan A" der Stadt Ludwigsburg gelesen. Das Schreiben von Frau Erster Bürgermeisterin Schmetz wurde zur Beantwortung an die zuständige Fachabteilung, das Landespolizeipräsidium, Referat 32 weitergeleitet. Frau Landeskriminaldirektorin Zarges hat zwischenzeitlich Frau Erster Bürgermeisterin Schmetz geantwortet.

Zur Ihrer Bitte um eine Einschätzung zur aktuellen Situation in und um Ludwigsburg kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Zunächst möchte ich Ihnen einen Überblick über die allgemeine Entwicklung der Jugendkriminalität anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) geben. In der PKS liegt die Gesamtzahl der Tatverdächtigen in Ludwigsburg in den letzten 20 Jahren etwa auf gleichbleibend niedrigem vierstelligem Niveau. Der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren liegt für das Jahr 2024 bei 23,9 Prozent. Dies entspricht etwa dem des Jahres 2023; die absolute Zahl an Tatverdächtigen unter 21 Jahren steigt dabei um rund zehn Prozent auf 804

Tatverdächtige an. Auch im 20-Jahres-Vergleich ist die anteilige Entwicklung der Tatverdächtigen unter 21 Jahren für das Jahr 2024 positiv. So lag der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren in den Jahren 2003 bis 2013 durchgehend auf einem höheren Niveau als im Berichtsjahr 2024. In absoluten Zahlen ist das Jahr 2004 mit seinerzeit 1.018 Tatverdächtigen unter 21 Jahren als Höchstwert zu verzeichnen. Daher ist aus statistischer Sicht nicht von einer besorgniserregenden Entwicklung auszugehen.

Zu den Gruppierungen in und um Ludwigsburg liegen uns nachfolgende Informationen vor:

Die Jugendgruppierung "716" besteht nach polizeilichen Erkenntnissen aus etwa 20 bis 25 Mitgliedern. Im Jahr 2020 trat sie wiederholt mit Gewaltdelikten im Stadtgebiet Ludwigsburg in Erscheinung. Infolge umfangreicher täterorientierter Ermittlungen, die in einer eigens eingerichteten Ermittlungsgruppe gebündelt wurden, kam es in der nachfolgenden Zeit zu einer Vielzahl an Festnahmen, Verurteilungen und Inhaftierungen führender Mitglieder. Die repressiven Maßnahmen wurden von einer starken polizeilichen Präsenz an relevanten Örtlichkeiten und hohem Kontrolldruck flankiert. Ebenso wurden im Jahr 2024 verstärkt Offensiv- und Präventivansprachen bei "Sympathisanten" und Familienangehörigen im Umfeld der Gruppierung durchgeführt. Seitens der Stadt Ludwigsburg wurden zudem Aufenthaltsverbote erlassen.

Dieses umfangreiche Maßnahmenpaket zeigte Wirkung. Im Ergebnis traten die Mitglieder der Gruppierung seither kaum noch polizeilich in Erscheinung. Gleichwohl können derzeit wieder vermehrt Personen, die der Gruppierung zuzuordnen sind, im Innenstadtgebiet festgestellt werden. Die Polizei begegnet diesem Umstand mit verstärkten Präsenz- und Kontrollmaßnahmen sowie nötigenfalls Ermittlungen mit dem Ziel, ein erneutes Erstarken der Gruppierung "716" konsequent zu verhindern.

Im Landkreis Ludwigsburg fiel daneben zurückliegend die Gruppierung "K67" mit der Begehung von Straftaten auf. Es handelt sich dabei um etwa 20 Kinder und Jugendliche, die in verschiedenen Kommunen des Landkreises Ludwigsburg wohnhaft sind und im Jahr 2023 vermehrt im Einzugsgebiet der Stadt Ditzingen mit Gewaltdelikten auffällig wurden.

Aufgrund umfangreicher polizeilicher Kontroll- und Präsenzmaßnahmen, mehreren Aufenthaltsverboten und konsequenter Strafverfolgung unter enger Einbindung des verantwortlichen Staatsanwalts für Jugendsachen – hervorzuheben ist dabei insbesondere die Inhaftierung der Rädelsführer – ist ein Auftreten der Gruppierung seit Frühjahr 2024 nicht mehr

festzustellen. Um die Bildung vergleichbarer Gruppenstrukturen zu verhindern, führt das Polizeirevier Ditzingen weiterhin gezielte Präsenzmaßnahmen in den relevanten Bereichen durch.

In und um Ludwigsburg treten Gruppierungen aus den verschiedenen, vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg beobachteten, extremistischen Phänomenbereichen in Erscheinung.

Die Partei "Der III. Weg" ist eine neonazistische Kleinpartei, die in Baden-Württemberg derzeit etwa 80 Mitglieder zählt. In Relation zu ihrer Größe entfaltet die Partei jedoch ein hohes Maß an Aktivität. Sie tritt derzeit verstärkt mit Flugblattverteilungen im Rahmen der Kampagne "Unsere Heimat ist nicht ihr Wirtschaftsstandort!" in Erscheinung – ein Schwerpunkt lässt sich im Landkreis Ludwigsburg ausmachen. Im Zusammenhang mit der Kampagne zeigte "Der III. Weg" am 1. März 2025 mit einem Infostand vor dem Rathaus in Tamm (Landkreis Ludwigsburg) Präsenz. Während Parteimitglieder am Stand das Gespräch mit Passanten suchten, sollen Aktivisten der parteieigenen Jugendorganisation "Nationalrevolutionäre Jugend" (NRJ) Flyer verteilt haben. Mit der Aktion richteten sie sich gegen die geplante Landeserstaufnahmeeinrichtung Tamm-Asperg. Wie die Mutterpartei untergliedert sich auch die NRJ in regionale Stützpunkte. Im Sommer 2024 gründete sich der oben erwähnte NRJ-Stützpunkt "Baden-Württemberg". Da die Mutterpartei gerade auch in Ludwigsburg und im Umland in die Öffentlichkeit tritt, liegen künftige Aktionen der NRJ in der Gegend nahe. In Bezug auf die Gruppierung "Der III. Weg" sind der Polizei Baden-Württemberg im Bereich Ludwigsburg keine Straftaten bekannt.

Daneben hat sich mit der "Antifaschistischen Vernetzung Ludwigburg" in jüngster Zeit eine neue Gruppierung formiert, die dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum zugeordnet wird. Damit einhergehend hat das Landesamt für Verfassungsschutz eine erhöhte Sichtbarkeit linksextremistischer Aktivitäten in der Region Ludwigsburg festgestellt.

Über die vorgenannten Gruppierungen hinaus liegen keine Erkenntnisse zu weiteren verfestigten Gruppierungen vor.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seien Sie versichert, dass die Polizei des Landes Baden-Württemberg die Kriminalitätsentwicklung fest im Blick hat und alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und auch die Jugendkriminalität durch eine abgestimmte Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden, Kooperationen mit externen Fachstellen und allgemeinen Präventionsmaßnahmen zu bekämpfen. Hierzu zählen speziell im Landkreis Ludwigsburg u. a. die intensive Bestreifung des Bereichs der Parkanlagen Neckarpark und Überwachung von Treffpunkten sowie Kontrollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, der enge Austausch mit den Vertretern der betroffenen Städte und Gemeinden und der Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes.

Das Engagement der Stadt Ludwigsburg hinsichtlich der geplanten Präventionsmaßnahmen schätze ich sehr. Es trägt dazu bei, Jugendliche vor einer kriminellen Karriere zu bewahren und ihnen neue Perspektiven aufzuzeigen. Ich bedauere, dass das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nicht über Fördermittel verfügt, die uns eine finanzielle Unterstützung Ihres Projekts "Plan A" ermöglichen würden.

Für Ihren Einsatz für die Stadt Ludwigsburg danke ich und hoffe, dass das Projekt "Plan A" erfolgreich umgesetzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

En tu Muu.

Thomas Strobl